

II-1186 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
 BUNDESMINISTERIUM  
 FÜR SOZIALE VERWALTUNG  
 Zl. 30.037/20-1/76

1010 Wien, den 20. Juli 1976  
 Stubenring 1  
 Telephon 57 56 55

470/AB

1976 -07- 23

zu 485/J

B e a n t w o r t u n g  
 =====

der Anfrage der Abgeordneten Mag. Höchtl und Genossen  
 an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung be-  
 treffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeits-  
 losigkeit (Nr. 485/J)

Zu der Einleitung Ihrer Anfrage nehme ich wie folgt  
 Stellung:

Es wird zwar aufgrund der starken Geburtsjahrgänge in  
 den späten Fünfziger und zu Beginn der Sechziger Jahre  
 in den nächsten Jahren wesentlich mehr Jugendliche geben,  
 die Ausbildung und Arbeit suchen. Schwierigkeiten hat  
 es aber bisher deswegen nicht gegeben und sind auch in  
 Zukunft - von besonders schwierigen Einzelfällen vielleicht  
 abgesehen - nicht zu befürchten.

Diese Voraussage wird auch durch die Zuversicht der Dienst-  
 geberorganisationen bestärkt, für das Jahr 1976 ausreichend  
 Lehr- und sonstige Ausbildungsstellen sowohl für Pflicht-  
 schulabgänger als auch für Abgänger aus Berufs- und  
 Allgemeinbildenden Schulen zur Verfügung zu haben.

Die falsche Beurteilung der Situation auf dem Arbeitsmarkt  
 der Jugendlichen ist wahrscheinlich die Folge der unvoll-  
 ständigen Information der Anfragesteller über die Ver-  
 hältnisse in diesem Bereich. Vor allem zum Lehrstellenmarkt  
 ist zu sagen, daß - bedingt durch den Schulschluß zur Jahres-  
 mitte und dem verständlichen Wunsch, für die Berufsentscheidung  
 eine sorgfältige Wahl zu treffen - der manchmal der Vorzug

- 2 -

vor dem raschen Antritt einer Lehrstelle gegeben wird - im Sommer die Zahl der Lehrstellensuchenden plötzlich stark ansteigt und dann im Laufe des Jahres langsam abgebaut wird, bis vor dem Schulaustritt des nächsten Jahrganges praktisch alle Lehrlinge untergebracht sind. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Zahl der offenen Lehrstellen dann wesentlich höher ist als die der Lehrstellensuchenden. Tatsächlich waren im Mai 1976 nur 1.242 Lehrstellensuchende, aber 4.064 offene Lehrstellen gemeldet.

So war die Situation auch Ende 1975, von der die Anfragesteller einige Zahlen zitieren und daraus ihre pessimistische Beurteilung der Lage herleiten. Es waren zwar 3.356 Arbeitslose unter 20 Jahren vorgemerkt; aber zu dieser Zeit erreichten in Österreich die Auswirkungen der weltweiten Rezession <sup>ihren Höhepunkt.</sup> Ende Juni 1976 war die Zahl der vorgemerkten jugendlichen Arbeitslosen bereits wieder auf 1.294 gesunken. Und auch die Zahl der 1.471 Lehrstellen- und Ausbildungsplatzsuchenden Ende 1975 wird man anders interpretieren, wenn man weiß, daß diesen Lehrstellensuchenden 5.457 offene Lehrstellen und Ausbildungsplätze zur Auswahl standen, und den Rhythmus des Lehrstellenmarktes kennt.

Bei näherer Betrachtung erweist sich auch die Behauptung der Anfragesteller, ein weit überproportionaler Teil der Jugendlichen werde oder bleibe arbeitslos, als falsch. Der Anteil der jugendlichen Beschäftigten an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten beträgt 12 %, wie sich aus der Volkszählung 1971 ergibt. Zu diesem Zeitpunkt wurde auch ein Vorgemerktenanteil von 3,9 % verzeichnet. Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen im 1. Halbjahr 1976 lag dagegen mit 3,3 % deutlich darunter. In den Jahren der ÖVP-Regierung lag der Anteil der Jugendarbeitslosigkeit an der Gesamtbeschäftigung stets wesentlich höher:

-3-

- 3 -

| Ende August<br>des Jahres | Anteil der arbeitslosen Jugendlichen<br>an der Gesamtzahl der Vorgemerkten |
|---------------------------|--|
| 1966                      | 5,9  |
| 1967                      | 5,8  |
| 1968                      | 6,1  |
| 1969                      | 4,9  |

Zur Vorhersage des Wirtschaftsforschungsinstituts über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist zu sagen, daß diese auf der ursprünglichen Wachstumsprognose des WIFO beruhte. Ich möchte die Anfragesteller darauf aufmerksam machen, daß das Institut für Wirtschaftsforschung seine Wachstumsprognose bereits deutlich nach oben revidiert hat.

Schließlich muß ich zu dem Vorwurf, die öffentliche Hand trage durch eine rigorose Aufnahmesperre zu einer Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme bei, Stellung nehmen. Gerade die Fraktion der Antragsteller wirft der Bundesregierung stets das Gegenteil, nämlich zu viele Aufnahmen im öffentlichen Dienst, vor. Daß die Anfragesteller jetzt die Bemühungen der Bundesregierung kritisieren, durch Zurückhaltung bei Neueinstellungen den Staatshaushalt zu entlasten, zeigt, daß die Auffassungen über die zu treffenden Entscheidungen in der großen Oppositionspartei offenbar recht unterschiedlich sind.

Obwohl, wie einleitend dargelegt, mit Jugendarbeitslosigkeit in größerem Ausmaß weder gegenwärtig noch in absehbarer Zukunft gerechnet werden muß, hat die Arbeitsmarktverwaltung rechtzeitig ihre Vorbereitung für die Unterbringung der zu erwartenden stärkeren Jahrgänge im Erwerbsleben getroffen. Bereits im Budget für 1976 wurden die Mittel zur Förderung der Ausbildung Jugendlicher wesentlich erhöht. 90 Mio. S stehen dafür heuer bereit; erforderlichenfalls könnte dieser Betrag aus dem Reservefonds der Arbeitsmarktverwaltung aufgestockt werden. Am 7. Juli 1976 hat der Nationalrat eine

- 4 -

Regierungsvorlage zur Abänderung des Arbeitsmarktförderungsgesetzes zum Beschluß erhoben, durch die die finanzielle Förderung von Einrichtungen, deren Aufgabe die Vermittlung von Qualifikationen eines Lehrberufes ist, ermöglicht wird. Außerdem hat die Arbeitsmarktverwaltung ein Konzept von Maßnahmen entwickelt, um für die Unterbringung der Jugendlichen zu sorgen, das auch die einstimmige Billigung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik, in dem die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, gefunden hat.

Die wesentlichen Punkte dieses Konzeptes sind:

1. Ausgestaltung und Anpassung der Berufsberatung entsprechend der neuen Situation und Motivierung der Jugendlichen und deren Eltern, auch weniger beliebte und bekannte oder bisher für das andere Geschlecht spezifische Berufe zu erlernen.
2. Verstärkter Einsatz der Förderungsmaßnahmen im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes:
  - zur Erlangung von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen in Form von Ein-Nachschulung und Berufsvorbereitung
  - zur Förderung der geographischen Mobilität durch Vergütung der Vorstellungs- und Bewerbungskosten
  - Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen bzw. Ausbildungsplätzen (Zuschuß zum Personal- und Sachaufwand) insbesondere für weibliche Jugendliche
3. Überbrückung von relativ kurzfristigen Zeiten der Arbeitslosigkeit durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten.
4. Berufsvorbereitung durch Hilfe bei Berufsfindung.
5. Verstärkter Einsatz des Instrumentariums des zwischenbezirklichen und des erweiterten Ausgleichs.

-5-

- 5 -

Mit dieser Einführung betrachte ich auch die Frage 1 "Was haben Sie bisher konkret zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unternommen?" und die Frage 4 "Was beabsichtigen Sie konkret zu unternehmen, um ein weiteres Steigen der Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern?" als beantwortet.

Die Frage

2. Wie lauten die neuesten Ziffern über jugendliche Arbeitslose in Österreich ?

beantworte ich wie folgt:

Die Zahl der vorgemerkten jugendlichen Arbeitslosen, wie schon gesagt, per Ende Juni 1976 beträgt 1.294.

Die Frage

3. Welche Probleme hinsichtlich der Unterbringung von Schulabgängern in Lehrstellen erwarten Sie im Sommer 1976 ?

beantworte ich wie folgt:

Ich erwarte im Sommer 1976 keine Probleme hinsichtlich der Unterbringung von Schulabgängern in Lehrstellen. In diesem Zusammenhang darf ich auf den in der Einleitung dargestellten Rhythmus des Lehrstellenmarktes und die von der Arbeitsmarktverwaltung getroffenen Vorsorgemaßnahmen hinweisen.

